NACHRICHTEN

Forum ist gegen 1:12-Initiative

LUZERN red. Der Vorstand des Info-Forums freies Unternehmertum (IFU) hat die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 24. November gefasst: Nein zur 1:12-Initiative und Ja zur Vignettenerhöhung.

Peter Hofstetter, Co-Präsident des Referendumkomitees gegen neue Biosphäre-Statuten

Setzten Sie auf die kleinen Gemeinden?

ca. Soll die Biosphäre neue Statuten erhalten? Die Abstimmung vom 24. November beschäftigt das Entlebuch. Für neue Statuten muss auch die Mehrheit der acht Gemeinden für die Statuten stimmen – entgegen der Aussage im gestrigen Artikel.

NACHGEFRAGT

Peter Hofstetter, welche Bedeutung hat das notwendige Gemeindemehr für die Abstimmung?

Peter Hofstetter: Das ist durchaus relevant. Wir rechnen bei den grösseren Gemeinden eher mit Zustimmung, denn diese profitieren. Bei den vier kleinen Gemeinden Romoos, Doppleschwand, Hasle und Flühli sieht das anders aus.

Konzentriert sich der Abstimmungskampf auf diese Gemeinden?

Hofstetter: Das wird ein Teil unserer Strategie sein.

Aber einzig der Gemeinderat von Flühli hat sich explizit gegen die neuen Statuten ausgesprochen. Die anderen «Kleinen» scheinen die neuen Statuten nicht zu stören.

Hofstetter: Auch in den anderen Gemeinden ist das sehr wohl ein Thema. Es haben sich wohl auch nicht alle Gemeindevertreter gleich mit dem Thema auseinandergesetzt. Das zeigt auch die Tatsache, dass nicht alle kleinen Gemeinden ausführliche Stellungnahmen zur Statutenänderung abgegeben haben.

Kanton wirbt für Berufsmatura

BILDUNG Die Luzerner Berufsmaturitätsquote liegt unter dem Schweizer Durchschnitt – der Wirtschaft fehlen Fachkräfte. Eine Imagekampagne soll dies nun ändern.

ROSELINE TROXLER
roseline.troxler@luzernerzeitung.ch

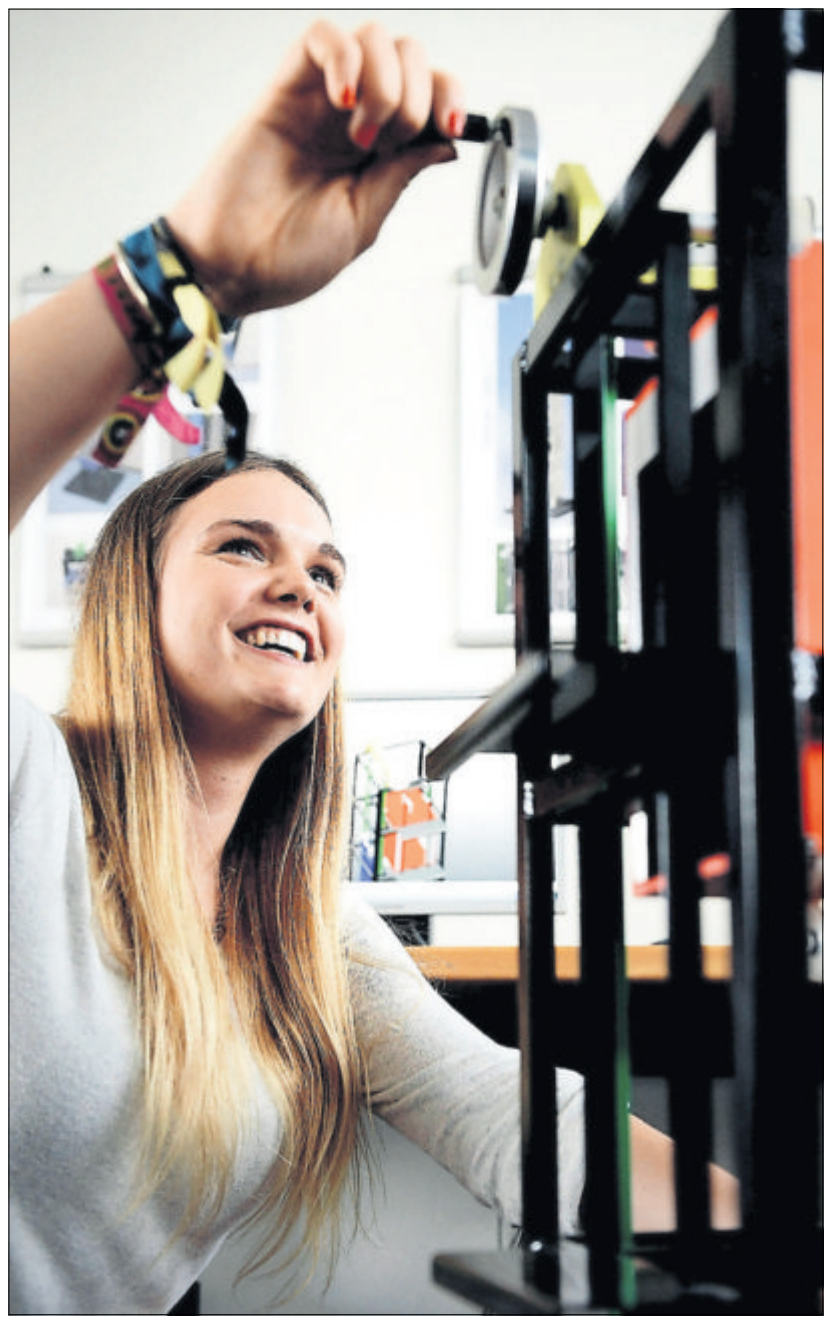
703 Luzerner Berufsleute erhielten im vergangenen Jahr ein Berufsmaturitätszeugnis. Dies sind dem Kanton Luzern zu wenige. Die Berufsmaturitätsquote liegt in den vergangenen Jahren, abgesehen vom letzten Jahr, unter dem Schweizer Durchschnitt (siehe Tabelle). Die Quote bezieht sich auf den Anteil Berufsmaturanden im Verhältnis zur Bevölkerung im Alter des Erwerbs des Maturaabschlusses.

Laut Christof Spöring, Leiter der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung, sind die Quoten grossen Schwankungen ausgesetzt. Seit der Einführung der Berufsmatura 1994 bis 2005 habe die Quote zugenommen. «Seit 2005 stagniert sie oder ist leicht rückläufig», so Spöring. Vor allem bei der lehrbegleitenden Matura gab es, anders als bei der Berufsmatura nach der Lehre, einen Rückgang.

Regierungsrat Reto Wyss sagt: «Ein Grund für die tiefe Berufsmaturitätsquote ist ein Informationsdefizit – die Berufsmatura ist zu wenig bekannt.» Der Kanton will den Stellenwert der Berufsmatura bei den Jugendlichen und den Eltern erhöhen. «Angestrebt wird eine Berufsmaturitätsquote von stabilen 15 Prozent.» Nun geht der Kanton in Zusammenarbeit mit Politik, Verbänden, Unternehmen sowie Schulen mit der Imagekampagne «Berufsmatura öffnet Türen» in die Offensive.

Kampagne kostet 100 000 Franken

Der Kanton Luzern investiert in die Kampagne rund 100 000 Franken. «Es geht nicht um eine breit angelegte Werbekampagne, sondern um gezielte Massnahmen wie Dialogveranstaltungen an der Zentralschweizer Bildungsmesse im November», erklärt Reto Wyss. Laut dem Regierungsrat ist es wichtig, dass das Angebot der Berufsmatura früher bekannt gemacht wird. «Ein Besuch am Berufsbildungszentrum Luzern hat bestätigt, dass die Jugendlichen zu spät über die Chancen der Berufsmatura informiert werden.» Dabei sei es ein attraktiver Ausbildungsweg für starke Schüler, da sowohl die Berufs- wie auch die Studierfähigkeit erworben werde.



Paula Frey absolviert die Ausbildung zur Konstrukteurin bei Schindler Lifte in Ebikon und macht berufsbegleitend die Berufsmatura.
Bild Nadia Schärli

Berufsmatura-Quote
in Prozent

Jahr	Luzern	Schweiz
2008	10,3	12,0
2009	11,9	12,1
2010	12,6	12,8
2011	11,4	13,1
2012	13,7	13,7

Quelle: Bundesamt für Statistik

«Die Berufsmaturanden sind auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt.» Der Kanton will künftig auch die Eltern von Primarschülern vor dem Übertrittsentscheid auf die Berufsmatura aufmerksam machen. «Da Eltern die Berufsmatura nicht aus eigener Erfahrung kennen, raten sie den Kindern vielleicht weniger dazu», vermutet Wyss. Auch bei Kindern mit Migrationshintergrund sieht er grosses Potenzial, weil diese heute noch selten eine Berufsmatura absolvieren.

Ziel: Fachkräftemangel lindern

Doch aus welchem Grund will der Kanton die Berufsmaturitätsquote erhöhen? «Wir wollen so den Fachkräftemangel lindern», erklärt Wyss. Vor allem im technischen Bereich, etwa bei den Ingenieuren und den Informatikern, fehle es an Nachwuchs. Ein grosser Teil der Berufsmaturanden absolviert eine Fachhochschule. Laut Markus Hodel, Rektor der Hochschule Luzern, haben 80 Prozent der Studenten der Departemente Technik & Architektur und Wirtschaft eine Berufsmatura absolviert. Werner Bründler, Direktor Gewerbeverband Luzern, sagt: «Ausreichender Hochschulnachwuchs ist für die Wirtschaft essenziell.» Der Bedarf sei durch die grosse Zahl an Ingenieuren, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, sehr hoch. Die aktuelle Quote der gymnasialen Matur liegt mit 19,1 Prozent über der Berufsmaturitätsquote mit 13,7 Prozent. Laut Reto Wyss wird die gymnasiale Matur durch die Förderung der Berufsmatur nicht abgewertet. «Wir wollen die Wege nicht gegeneinander ausspielen.»

Dank Subventionen weniger Arbeitslose?

ARBEITSMARKT Damit mehr Arbeitslose über 50 angestellt werden, soll die öffentliche Hand die BVG-Kosten übernehmen. Wer zahlt, ist unklar.

Die Arbeitslosenquote im Kanton Luzern ist in den letzten zehn Jahren von 3 auf 1,8 Prozent (Stand Ende Juni) gesunken. Allerdings beträgt mittlerweile der Anteil der über 50-jährigen Arbeitslosen 25,6 Prozent; gegenüber 16,3 Prozent Ende Juni 2003. «Die Unternehmen überlegen sich zweimal, ob sie ältere Personen einstellen, weil sie aufgrund der Beiträge zur beruflichen Vorsorge mehr kosten als jüngere Bewerber», sagt SP-Kantonsrat Giorgio Pardini. Die Folge: Gemäss der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe nimmt die Zahl der Sozialhilfebezüger zwischen 50 und 64 Jahren zu. 2003 bezahlten die Luzerner Gemeinden rund 40 Millionen Franken Sozialhilfe, 2011 waren es bereits knapp 58 Millionen.

Pardini schlägt in einer im Mai eingereichten Motion ein Anreizsystem für die Arbeitgeber vor. Der Kanton oder die Gemeinden übernehmen die Arbeitgeberbeiträge gemäss dem Beruflichen Vorsorgegesetz (BVG) für eine gewisse Dauer, wenn die Arbeitgeber eine arbeitslose Person über 50 einstellen.

Neuenburg: Situation verbessert

Ein solches Modell gibt es im Kanton Neuenburg bereits seit rund 15 Jahren. Bei 50- bis 64-Jährigen werden die BVG-Kosten je nach Alter zwischen 12 und 24 Monaten übernommen. Die jährlichen Gesamtkosten betragen dort rund 300 000 Franken. Der Fonds wird derzeit zu je 50 Prozent vom Kanton und von den Gemeinden getragen. Es gibt aber Bestrebungen, die gesamten Kosten durch den Kanton decken zu lassen. «Die Massnahme scheint guten Erfolg zu bewirken», schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Motion.

Der Regierungsrat ist aber der Meinung, dass die Gemeinden die Kosten tragen sollen, da diese von den Entlastungen bei der Sozialhilfe auch profitieren. Man sei jedoch bereit, mit dem Verband der Luzerner Gemeinden das Gespräch aufzunehmen. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären.

«Die Unternehmen überlegen sich zweimal, ob sie ältere Personen einstellen.»

GIORGIO PARDINI, KANTONSRAT SP

Stutzig macht die Kostenschätzung der Luzerner Regierung. Diese geht nämlich von einem jährlichen Aufwand von 1,4 Millionen Franken aus; über viermal mehr als im Kanton Neuenburg. Dabei gab es per Ende Juni 2013 im Kanton Luzern mit 959 noch nicht einmal doppelt so viele Arbeitslose ab 50 Jahren wie im Kanton Neuenburg (547).

Der Kanton Luzern geht von einem Viertel der 959 Arbeitslosen ab 50 Jahren aus, welche auf eine solche Unterstützung angewiesen wären. «Das wären etwa 235 Personen», erklärt Erwin Roos, Sekretär des Gesundheits- und Sozialdepartements, auf Anfrage. Als Berechnungsgrundlage diene ein ähnliches Modell aus dem Kanton Freiburg, bei dem mit 6000 Franken pro Person und Jahr gerechnet wird.

Verein leistete Vorarbeit

Interessanterweise gelangte der Verein 50plus outIn Zentralschweiz mit praktisch demselben Anliegen mittels Petition an die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (Gask) des Kantonsrats – wenige Wochen bevor Pardini seine Motion einreichte. Pardini sagt dazu: «Das ist parallel gelaufen und hat sich zufällig gekreuzt.» Heidi Joos, Geschäftsführerin des Vereins 50plus, widerspricht: «Herr Pardini ist im März anlässlich der Einreichung unserer Petition auf uns zugekommen und sagte uns seine Unterstützung zu.»

Der Verein begrüsse, dass das Anliegen nun auf mehreren Ebenen behandelt wird. Joos: «Wir sind allerdings der Meinung, dass die Kosten nicht von den Gemeinden getragen werden sollen, sondern vom Kanton.» Joos ist überzeugt, dass sich die Massnahme auch finanziell auszahlen wird. Denn: «Ein Sozialhilfebezüger kostet eine Gemeinde durchschnittlich 25 000 Franken im Jahr. Wenn dank der Massnahme pro Jahr 100 Arbeitslose im Arbeitsmarkt integriert werden, können – abzüglich der errechneten Kosten von rund 600 000 Franken – rund 1,9 Millionen Franken an potenziellen Sozialhilfegeldern eingespart werden.»

ALEXANDER VON DÄNIKEN
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Gemeindeverband ist skeptisch

SUBVENTIONEN avd. Die Idee klingt verlockend: Die öffentliche Hand übernimmt die Kosten gemäss dem Beruflichen Vorsorgegesetz (BVG) der Arbeitgeber, wenn diese Arbeitslose anstellen, die über 50 Jahre alt sind. Die Regierung verlangt, dass die Gemeinden die Kosten übernehmen sollen.

Bundesweite Lösung

Erwin Arnold, Vorstandsmitglied des Verbands Luzerner Gemeinden und Sozialvorsteher von Buchrain, ist gleicher Meinung. Er sagt aber auch: «Wegen der finanziellen Lage ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Gemeinden diese Mehrkosten tragen.» Eher müsse diese Massnahme auf Bundesebene eingeführt werden. Einerseits würde auch die vom Bund getragene Arbeitslosenversicherung entlastet, «und andererseits legt der Bund die BVG-Beitragssätze fest, ist für die Lösung direkt verantwortlich». Arnold bezweifelt jedoch, dass sich der Bund für die Massnahme begeistert: «Am besten wäre es, wenn die BVG-Abgaben zwischen älteren und jüngeren Arbeitnehmern angeglichen würden.» Das Problem sei in seiner Gemeinde nicht so gravierend, sagt Arnold: «Am meisten Sozialhilfe verursachen gesellschaftliche Probleme und nicht ältere Personen, die im Erwerbsprozess ausscheiden, weil sie im fortgeschrittenen Alter sind.»

Soorser Comedy: Erneut ein Erfolg

SURSEE Am Sonntagabend gingen die 11. Soorser Comedy-Täg mit der ausverkauften Vorstellung «Drei Engel» von Emil Steinberger zu Ende. Und Programmleiter Christian Albisser blickt einmal mehr auf einen erfolgreichen Comedy-Event in Sursee zurück. «Wir hatten an den vier Tagen im Schnitt eine Auslastung von über 80 Prozent», verrät er. Die Organisatoren erreichten damit ihr finanzielles Ziel – eine schwarze Null – auch in diesem Jahr.

Bitterböse und überzeugend

Das Programm bot erneut viel Abwechslung. Der Duisburger Dirk Stermann und sein Tiroler Kompagnon Christoph Grissemann – zwei Aushängeschilder des österreichischen Radios und TV – präsentierten sich dem Publikum am Donnerstag zum Auftakt zwar zuweilen bitterböse, überzeugten aber mit ihrem Auftritt. Als eigentliches Highlight muss der Samstagabend mit der Eigenkreation der Soorser Comedy-Täg – dem Comedy-Gschnätzlete – erwähnt werden. Und die Tickets für Emil hätten nicht nur mehrfach verkauft werden können, das Publikum durfte den früheren Emil und den Steinberger gemeinsam auf der Bühne erleben.

ERNESTO PIAZZA
ernesto.piazza@luzernerzeitung.ch